**Deutscher Bundestag** **Drucksache 18/871**

**18. Wahlperiode** 19.03.2014

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

## zu dem Antrag der Abgeordneten Niema Movassat, Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/503 –

## EU-Afrika-Gipfel – Partnerschaft an Gerechtigkeit und Frieden ausrichten

### A. Problem

Die Antragsteller möchten den Bundestag aus Anlass des 4. EU-Afrika-Gipfels im April 2014 in Brüssel die koloniale Schuld der EU-Mitgliedstaaten einschließlich Deutschlands ausdrücklich feststellen lassen. Auch würden die EU und ihre Mitgliedstaaten verstärkt ihre wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen in Afrika anmelden und ggf. versuchen, diese Interessen auch militärisch durchzusetzen. Die Antragsteller wollen insbesondere die militärische Interessendurchsetzung durch den Bundestag als Anmaßung zurückweisen lassen. Der Bundestag möge zudem feststellen, dass eine Weiterverfolgung der Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik falsch sei, das geplante Wirtschaftspartnerschaftsabkommen würde einer selbstständigen Entwicklung der afrikanischen Staaten entgegenwirken, das Grenzüberwachungssystem EUROSUR die Flüchtlingsproblematik verschlimmern. Insgesamt müsse vielmehr auf eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung hingewirkt werden.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sich auf dem EU-Afrika-Gipfel für eine gewaltfreie Partnerschaft zwischen der EU und Afrika einzusetzen. Die außerafrikanische militärische Präsenz in Afrika soll abgebaut werden. Verstärkt sollen zivile Maßnahmen zur Friedensentwicklung und -erhaltung unterstützt werden.

Die Bundesregierung soll darüber hinaus aufgefordert werden, auf solidarische Beziehungen zwischen der EU und Afrika hinzuwirken, die nicht auf die Interessen der europäischen Konzerne, sondern auf die sozialen Interessen der Menschen ausgerichtet sind.

### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

### C. Alternativen

Keine.

### D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/503 abzulehnen.

Berlin, den 19. März 2014

**Der Auswärtige Ausschuss**

**Dr. Norbert Röttgen**

Vorsitzender

| **Roderich Kiesewetter** | **Dr. Bärbel Kofler** | **Jan van Aken** |
|---|---|---|
| Berichterstatter | Berichterstatterin | Berichterstatter |

**Dr. Frithjof Schmidt**

Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Dr. Bärbel Kofler, Jan van Aken und Dr. Frithjof Schmidt

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/503** in seiner 17. Sitzung am 20. Februar 2014 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller möchten den Bundestag aus Anlass des 4. EU-Afrika-Gipfels im April 2014 in Brüssel die koloniale Schuld der EU-Mitgliedstaaten ein-schließlich Deutschlands ausdrücklich feststellen lassen. Auch würden die EU und ihre Mitgliedstaaten verstärkt ihre wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen in Afrika anmelden und ggf. versuchen diese Interessen auch militärisch durchzusetzen. Die Antragsteller wollen insbesondere die militärische Interessendurchsetzung durch den Bundestag als Anmaßung zurückweisen lassen. Der Bundestag möge zudem feststellen, dass eine Weiterverfolgung der Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik falsch sei, das geplante Wirtschaftspartnerschaftsabkommen würde einer selbstständigen Entwicklung der afrikanischen Staaten entgegenwirken, das Grenzüberwachungssystem EUROSUR die Flüchtlingsproblematik verschlimmern. Insgesamt müsse vielmehr auf eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung hingewirkt werden.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sich auf dem EU-Afrika-Gipfel für eine gewaltfreie Partnerschaft zwischen der EU und Afrika einzusetzen. Die außerafrikanische militärische Präsenz in Afrika soll abgebaut werden. Verstärkt sollen zivile Maßnahmen zur Friedensentwicklung und -erhaltung unterstützt werden.

Die Bundesregierung soll darüber hinaus aufgefordert werden, auf solidarische Beziehungen zwischen der EU und Afrika hinzuwirken, die nicht auf die Interessen der europäischen Konzerne, sondern auf die sozialen Interessen der Menschen ausgerichtet sind.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/503 in seiner 8. Sitzung am 19. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/503 in seiner 7. Sitzung am 19. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/503 in seiner 6. Sitzung am 12. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/503 in seiner 8. Sitzung am 19. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

## IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/503 in seiner 9. Sitzung am 19. März 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 19. März 2014

**Roderich Kiesewetter**
Berichterstatter

**Dr. Bärbel Kofler**
Berichterstatterin

**Jan van Aken**
Berichterstatter

**Dr. Frithjof Schmidt**
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333